

Informationen zu den Gesamtvertragsverhandlungen

1. Fortsetzung des Gesamtvertrages zu § 52a UrhG mit VG Bild Kunst u.a. (außer VG Wort)

Die Kommission Bibliothekstantieme der KMK hat für die Länder den für die Jahre 2007 bis 2009 bestehenden Gesamtvertrag zu § 52a UrhG mit allen Verwertungsgesellschaften – ausgenommen der VG Wort - durch eine Vergütungsvereinbarung für die Laufzeit vom 1.1.2010 bis 31.12.2012 fortgesetzt. Weiterhin wird die Vergütung für die Nutzung des § 52a UrhG pauschalisiert von den Ländern für ihre Hochschulen an die berufenen Verwertungsgesellschaften entrichtet. Zur Berechnung der pauschalen Vergütung wird im Sommersemester 2011 an zehn ausgewählten Hochschulen eine repräsentative Untersuchung der Nutzungen stattfinden. Hierbei werden – obwohl nicht Gegenstand des vorliegenden Vertrages – auch Werke, die der Rechtswahrnehmung durch die VG Wort unterliegen, erfasst. Nach wie vor befinden sich die Länder und die VG Wort in einem Rechtsstreit über die angemessene Höhe der Vergütung sowie das zugrunde liegende Auskunftsverfahren (repräsentativ und individuell oder ausschließlich individuell). Somit dient die Erfassung von Textwerken der generellen gesetzlichen Auskunftspflicht nach dem Urheberrechtsgesetz, wie auch zur Unterstützung der Berichterstattungspflicht des BMJ mit Blick auf die Befristung des § 52a UrhG zum Ende des Jahres 2012.

2. Gesamtvertrag zu § 52b UrhG

Die Kommission Bibliothekstantieme hat eine AG zur Verhandlung eines Entwurfs eines Gesamtvertrages zu § 52b UrhG eingesetzt. In dieser arbeiten paritätisch Vertreter der KMK und der Verwertungsgesellschaften zusammen. Aufgrund des Rechtsstreits zwischen dem Ulmer Verlag und der ULB Darmstadt bezieht der Entwurf eines Gesamtvertrages sich allein auf das Recht des Einstellens zum lesenden Zugriff. Die zuvor mitverhandelten Rechte des zentralen Herstellens und Hostens sowie von Kopierrechten wurden von Seiten der Verwertungsgesellschaften eingestellt. Bestandteil des Gesamtvertrages sollen eine titelgenaue Meldung und eine Einmalvergütung für das Einstellen zum Abruf enthalten. Es steht noch eine Einigung über die Höhe einer angemessenen Vergütung aus.

3. Gesamtvertrag zu § 27 Abs. 2 UrhG (so genannte Bibliothekstantieme)

Vertragsgemäß hat die Zentralstelle Bibliothekstantieme in der alle bezugsberechtigten Verwertungsgesellschaften sich zusammengeschlossen haben, die Neufestsetzung der Vergütung verlangt. Der Gesamtvertrag sieht alle zwei Jahre ein Recht auf Änderungsbegehren vor. Der Kommission Bibliothekstantieme ist es gelungen, eine vierjährige Vergütungsvereinbarung zu schließen. Die so genannte Bibliothekstantieme wird seit 1972 pauschalisiert von den Ländern für alle öffentlich zugänglichen Bibliotheken in staatlicher oder kirchlicher Trägerschaft entrichtet. Als Berechnungsgrundlage dient die Deutsche Bibliotheksstatistik. Für die Ausschüttung an die Urheber und Verlage wird alle zwei Jahre eine Auswertung der elektronischen Ausleihverbuchung in 12 ausgewählten Bibliotheken herangezogen.